

Entwurf

# Städtebaulicher Vertrag

nach § 11 Abs. 1 Baugesetzbuch

zwischen

der Gemeinde Klein-Pampau, vertreten durch den  
Bürgermeister, Herrn Horst Born über das Amt Büchen,  
Amtsplatz 1, 21514 Büchen

und

(wird ergänzt)

Die Gemeinde Klein Pampau (nachfolgend Gemeinde genannt),

vertreten durch

den Bürgermeister, Herrn Horst Born über das Amt Büchen, Amtsplatz 1, 21514 Büchen,

und

**wird ergänzt**

(nachstehend Vorhabenträgerin genannt)

schließen folgenden Vertrag:

## Präambel

Die Gemeinde Klein Pampau beabsichtigt, die Aufstellung der 6. Änd. des Bebauungsplanes Nr. 1B für das Gebiet: „Westlich Massower Straße und südlich der Straße Am Hang“.

Das Gebiet ist im anliegenden Lageplan \*(Anlage 1), der als Bestandteil diesem Vertrag beigelegt ist, dargestellt. Das Grundstück des Vorhabenträgers ist rot umrandet.

### \*Anlage 1

Aufgrund des fehlenden Fachpersonals ist die Verwaltung des Amtes Büchen nicht in der Lage, die Bauleitplanungsverfahren selbst durchführen zu können. Für die Vergabe dieser Arbeiten an ein Planungsbüro stehen der Gemeinde Büchen keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Mit der Ausarbeitung der Planentwürfe für die Bauleitpläne soll das Büro GSP, Gosch-Schreyer-Partner, Paperberg 4, 23843 Bad Oldesloe, beauftragt werden.

Ferner ist die Erstellung von Planunterlagen durch einen öffentlich bestellten Vermesser erforderlich. Mit der Erstellung der Planunterlagen sowie mit den Vermessungsarbeiten der städtebaulichen Planung soll das Vermessungsbüro Bpysen, Waldstraße 10, 21493 Schwarzenbek, beauftragt werden.

Über weitere, ggf. zu beauftragende Büros für Fachplanungen entscheidet die Gemeinde.

Ziel der Aufstellung der 6. Änd. Bebauungsplanes Nr. 1B der Gemeinde Klein Pampau ist es, auf einer Fläche von ca. 0,62 ha eine Fläche für eine zukünftige Wohnbebauung auszuweisen. Betroffen sind die Flurstücke 67/1, 67/2, 68 und 69, bzw. die Hintergrundstücke der Massower Straße 17-21.

Die Vorhabenträgerin übernimmt für die in Rede stehende Bauleitplanung, durch die verbindliches Baurecht geschaffen werden soll die Planungskosten. Sie verpflichtet sich weiter zur Kostentragung hinsichtlich aller von der Gemeinde im Abwägungsprozess notwendigen Gutachten und Fachbeiträge.

Alle für die Erschließung und Bebauung erforderlichen Maßnahmen werden in einem noch abzuschließenden Erschließungs-/Folgekostenvertrag nach Rechtskraft des Bebauungsplanes zwischen der Gemeinde und dem Vorhabenträger vereinbart. Der Vorhabenträger verpflichtet sich schon jetzt, in dem abzuschließenden Erschließungs-/Folgekostenvertrag, hierfür die Kosten zu tragen.

## § 1 Gegenstand des Vertrages

- (1) Gegenstand des Vertrages ist die Übernahme von Kosten, wie in Anlage 2 dargestellt, die der Gemeinde bei der Aufstellung der Bauleitplanung durch die Beauftragung des Planungsbüros, des Vermessers und für die erforderlichen Fachgutachten entstehen.

\*Anlage 2 **wird ergänzt**

Die Höhe der Kosten bestimmt sich nach dem Wert der zwischen der Gemeinde und den Planungsbüros abzuschließenden Verträge. Der Vorhabenträger erkennt die Inhalte der Verträge, die auf der Grundlage der als Anlage 2 beigefügten Kostenübersicht sowie der als Anlagen 2 beigefügten Honoraraufstellungen, an.

\*Anlage 2 **wird ergänzt**

- (2) Den Parteien ist bewusst, dass sich aus dem Vertrag keine Verpflichtung ergibt, die Bauleitpläne überhaupt oder in der vorgeschlagenen Form aufzustellen. Den Parteien ist weiter auch bewusst, dass die Aufstellung der Bauleitpläne u.a. von einer gesicherten Gesamtfinanzierung abhängig ist.
- (3) Der Vorhabenträger wird der Gemeinde bei rechtsverbindlicher Unterzeichnung des Vertrages eine selbstschuldnerische unbefristete Bürgschaft einer deutschen Bank oder Sparkasse vorlegen, aus der sich ergibt, dass die Finanzierung der eingegangenen Verpflichtungen von rd. **wird ergänzt** € sichergestellt ist oder einen Sicherheitsbetrag in Höhe von **wird ergänzt** € auf das Konto der KSK Büchen, **IBAN DE21 2305 2750 0002 002000** zum Kassen-zeichen: **VE 514** einzahlen oder ein an die Gemeinde Gudow verpfändetes Sparguthaben anlegen, aus dem sich ergibt, dass die Finanzierung der eingegangenen Verpflichtungen von rd. **wird ergänzt** € sichergestellt ist. Die Verfügungsgewalt liegt ausschließlich bei der Gemeinde, bis das Sparbuch zurückgegeben wird.
- (4) Die Befugnisse der Gemeinde im Rahmen dieses Vertrages werden ausschließlich von der Verwaltung der Gemeinde Büchen – Fachbereich 4 – wahrgenommen.

## **§ 2**

### **Zusätzliche Vereinbarungen**

- (1) Wenn für die Vorhabenträgerin Baurecht entstanden ist, trägt sie die Kosten für die Erschließung des zukünftigen Wohngebietes und für die Bebauung erforderlichen Maßnahmen. Die Frisch- und Abwasseranschlüsse erfolgen nach gemeindlicher Satzung. Hierfür verpflichtet sich die Vorhabenträgerin bereits jetzt zum Abschluss eines Erschließungsvertrages.
- (2) Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich bereits jetzt, naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen, die für das Planungsziel erforderlich werden könnten, auf ihre Kosten auszuführen.
- (3) Sollten diese naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen nicht bis zum Eingang der ersten Baugenehmigung erbracht worden sein, kann das Amt Büchen die Ausgleichsmaßnahmen auf Kosten der Vorhabenträgerin durchführen lassen.

## **§ 3**

### **Zusammenarbeit**

- (1) Bei der Bearbeitung der Bauleitplanung wird das zu beauftragende Planungsbüro mit der Gemeinde zusammenarbeiten. Diese gewährt die erforderliche Unterstützung in jeder Phase des Bearbeitungsverfahrens.
- (2) Die Vorhabenträgerin und die Gemeinde verpflichten sich, bei der praktischen Umsetzung des Bauleitplanungskonzeptes zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Die Interessen der Vertragspartner sind aufeinander abzustimmen.
- (3) Die planerischen Vorgaben der Gemeinde sind bindend und zwingend in die Bauleitplanung aufzunehmen. Die Gemeinde behält sich vor, eigene Vorgaben zu korrigieren, wenn sich dies während der einzelnen Verfahrensschritte aus städtebaulicher Sicht als notwendig oder zweckmäßig herausstellen sollte. Dabei streben beide Vertragsparteien eine einvernehmliche Lösung an. Alle durch Planänderung entstehenden Kosten trägt die Vorhabenträgerin in voller Höhe.

## **§ 4**

### **Altlasten/Sanierung**

- (1) Die Gemeinde wird die Untersuchung des Plangebiets auf Altlastenverdachtsflächen/Kontaminationen veranlassen, soweit diesbezügliche Verdachtsmomente bekannt werden sollten. Die Vorhabenträgerin bzw. das beauftragte Planungsbüro werden alle in Betracht kommenden Fachbehörden frühzeitig hinsichtlich entsprechender Verdachtsmomente befragen.

- (2) Sollten Belastungen des Bodens festgestellt werden, ist die Vorhabenträgerin verpflichtet, die für die Sanierung des Bodens anfallenden Kosten allein zu tragen, soweit es sich um die Grundstücke bzw. die Zuwegung des Vorhabenträgers handelt.
- (3) Die Vorhabenträgerin trägt ferner die Kosten, die der Gemeinde durch die Untersuchung auf Altlasten entstehen sollten. Gegebenenfalls müssen Einzelheiten in einem gesonderten Vertrag geregelt werden. Hierüber sind sich die Vertragsparteien einig.

## **§ 5 Immissionsschutz**

Sollten infolge des von der Vorhabenträgerin geplanten Vorhabens Immissionsschutzvorrichtungen bzw. immissionsmindernde Anlagen notwendig werden, so verpflichtet sich die Vorhabenträgerin schon jetzt, die hierdurch entstehenden Kosten zu übernehmen.

## **§ 6 Öffentlich-rechtliche Entscheidungsfreiheit**

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass ein Rechtsanspruch der Vorhabenträgerin auf rechtsverbindliche Aufstellung der Bauleitpläne für das Plangebiet durch diesen Vertrag nicht begründet wird. Die Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit der Verwaltung und der Gemeindevertretung, insbesondere im Hinblick auf planerische Aufgaben nach § 1 Abs. 6 und § 1a BauGB bleiben durch diesen Vertrag unberührt.

## **§ 7 Leistung des Vorhabenträgers**

- (1) Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, die durch die Vergabe der Bearbeitung und Erstellung der in Absatz 1 der Präambel genannten Planung an die Planungsbüros sowie für evtl. erforderliche Fachgutachten, die anfallenden Honorarkosten, wie in Anlage 2 **wird ergänzt** ersichtlich, zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer zu übernehmen.  
Nebenkosten zu den Honorarkosten und zusätzliche Kosten, die gemäß in den noch abzuschließenden Ingenieurverträgen anfallen können, sind ebenfalls zu übernehmen.

Die Übernahme hat in der Weise zu erfolgen, dass die der Gemeinde entstandenen Honorarkosten einschließlich der Nebenkosten und der zusätzlichen Kosten unmittelbar gegenüber den Planungsbüros beglichen werden.

- (2) Die Honorarkosten sind von der Vorhabenträgerin – soweit sie von der

Gemeinde anerkannt sind – zu übernehmen, wenn sich nach Leistungserbringung der Planungsbüros herausstellt, dass das Bauleitplanungsverfahren nicht fortgeführt wird.

## **§ 8 Leistung der Gemeinde**

- (1) Die Verwaltung des Amtes Büchen informiert die Vorhabenträgerin, wenn sie daran interessiert ist, über den Stand der Vertragserfüllung der Planungsbüros und ggf. über den jeweiligen Verfahrensstand.
- (2) Im Falle einer willkürlichen Einstellung der Bauleitplanverfahren ist die Vorhabenträgerin berechtigt, den Vertrag zu kündigen. Die bisher entstandenen Planungskosten werden dem Vertragspartner erstattet.
- (3) Die Gemeinde verpflichtet sich, bei Leistungsannahme und Rechnungsprüfung die Sorgfalt anzulegen, die sie bei Vergaben unter eigener Kostentragung anwendet. Sie wird die ihr vertraglich gegebenen Möglichkeiten zum Erreichen einer vollen Leistungserbringung nutzen.

## **§ 9 Fälligkeit der Zahlung**

- (1) Die Honorarkosten, angefallenen Nebenkosten und sonstigen angefallenen Kosten gemäß den noch abzuschließenden Ingenieurverträgen sind jeweils an das jeweilige Planungsbüro binnen einer Frist von zehn Arbeitstagen zu leisten.
- (2) Die Zahlung erfolgt nach Leistungsabnahme und Rechnungsprüfung durch das Amt Büchen – Fachbereich 4 -, von der hinterlegten Sicherheitssumme.

## **§ 10 Auswirkungen von Leistungsstörungen im Verhältnis Gemeinde/Planungsbüros**

- (1) Ist die Leistungserbringung der Planungsbüros gegenüber der Gemeinde nicht ordnungsgemäß erfolgt, so ergeht eine Zahlung nur in einer Höhe, die dem Wert der erbrachten Leistung entspricht. Eine ordnungsgemäße Leistung liegt vor, wenn die Gemeinde die eingereichten Unterlagen ohne weitere Überarbeitung dem weiteren Verfahren zugrunde legen kann. Die Vorhabenträgerin ist insoweit berechtigt, die beim Amt Büchen – Fachbereich 4 – befindlichen Planunterlagen einzusehen.

- (2) Verlangt das Planungsbüro weiteres Entgelt, stimmt die Gemeinde die weitere Behandlung mit der Vorhabenträgerin ab.  
Wird die Gemeinde im Streitfall zur Zahlung von weiterem Entgelt verpflichtet und hat die Vorhabenträgerin der Weigerung der Gemeinde, Zahlungen zu leisten, zugestimmt, übernimmt die Vorhabenträgerin diese Zahlungsverpflichtung einschließlich etwaiger Prozesskosten.
- (3) Gegenüber einer Zahlungsaufforderung der Gemeinde besteht kein Zurückbehaltungsrecht, insbesondere ist eine Berufung auf eine nicht vertragsgemäße Leistungserbringung der Planungsbüros ausgeschlossen. Hiervon unberührt bleiben etwaige Rückforderungsansprüche.

## **§ 11 Abtretung**

Sollte der Vertrag zwischen der Gemeinde und den Planungsbüros ganz oder zum Teil aufgelöst bzw. rückabgewickelt werden, so werden, soweit hinsichtlich der Honorarkosten Rückforderungsansprüche bestehen, diese an die Vorhabenträgerin abgetreten. Weitere Voraussetzung einer Abtretung ist, dass die Vorhabenträgerin Zahlungen in entsprechender Höhe an das Planungsbüro geleistet hat.

## **§ 12 Kündigungsrecht**

- (1) In den noch abzuschließenden Ingenieurverträgen zwischen der Gemeinde und den Planungsbüros wird der Leistungsumfang vereinbart.  
Aus wichtigem Grund kann die Gemeinde die Auftragsvergabe kündigen. Ein wichtiger Grund liegt u.a. vor, wenn der Leistungsumfang nicht erbracht wird.
- (2) Die Vorhabenträgerin kann diesen Vertrag kündigen, wenn die Leistungserbringung der Planungsbüros gemäß den abzuschließenden Ingenieurverträgen gegenüber der Gemeinde aus Gründen, die die Gemeinde zu vertreten hat, nicht rechtzeitig erbracht wird. Ein Verschulden der Planungsbüros hat die Gemeinde nicht zu vertreten.
- (3) Die Vorhabenträgerin bleibt allerdings zur Zahlung verpflichtet, wenn die Gesamtleistung gegenüber der Gemeinde rechtzeitig erbracht wird.

## **§ 13 Entschädigungen**

- (1) Sollte die in Absatz 1 der Präambel genannte Planung aus Gründen, die die Gemeinde nicht zu vertreten hat, keine Rechtskraft erlangen, werden bereits jetzt alle Entschädigungsansprüche gegen die Gemeinde ausgeschlossen. Auf

die Erhebung solcher Entschädigungsansprüche verzichtet die Vorhabenträgerin auch schon jetzt unwiderruflich. Die Gemeinde nimmt diesen Verzicht an.

- (2) Dieser Verzicht gilt nicht für den Fall, dass die Gemeinde die Rechtskraft-erlangung der in Absatz 1 der Präambel genannten Planung aus Gründen verhindert, die planungsrechtlich nicht oder nur schwerlich vertretbar sind. Für diesen Fall trägt die Gemeinde die für die Planung entstandenen nachgewiesenen Kosten. Weitergehende Ersatzansprüche, gleich aus welchem Grund, sind ausgeschlossen.

## **§ 14 Rechtsnachfolge**

- (1) Die Vorhabenträgerin ist berechtigt, die sich aus diesem Vertrag ergebenden Rechte und Pflichten mit schriftlicher Zustimmung der Gemeinde einem anderen weiterzugeben bzw. zu übertragen.
- (2) Die Vorhabenträgerin verpflichtet sich, die in diesem Vertrag vereinbarten Pflichten und Bindungen seinen Rechtsnachfolgern weiterzugeben. Sie wird diese außerdem verpflichtet, die von der Vorhabenträgerin im Rahmen einer solchen Weitergabe übernommenen Verpflichtungen ihrerseits an ihre evtl. Rechtsnachfolger mit weiterer Weitergabe-Verpflichtung weiterzugeben. Die Vorhabenträgerin haftet der Gemeinde als Gesamtschuldner für die Erfüllung des Vertrags neben einem etwaigen Rechtsnachfolger, solange die Gemeinde ihn nicht ausdrücklich schriftlich aus dieser Haftung entlässt.
- (3) Die nach vorstehenden Regelungen notwendigen schriftlichen Zustimmungen der Gemeinde sind nur rechtswirksam, wenn sie mit einer Unterschrift (Bürgermeister) unter Beifügung eines entsprechenden Protokollauszugs der Gemeindevertretersitzung versehen sind.

## **§ 15 Urheberrecht**

Durch die Zahlung der Vertragskosten erwirbt die Vorhabenträgerin keinen Anspruch auf Übergabe bzw. Herausgabe der Planunterlagen. Des Weiteren beansprucht die Vorhabenträgerin durch die Zahlung der Vertragskosten keine Rechte nach dem Urheberrecht.

Unabhängig erhält die Vorhabenträgerin Planunterlagen nach Bedarf auf eigene Kosten.

## **§ 16**

### **Wirksamkeit**

Dieser Vertrag wird mit rechtsverbindlicher Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien wirksam.

## **§ 17**

### **Schlussbestimmungen**

- (1) Vertragsänderungen oder –Ergänzungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden bestehen nicht. Je eine Ausfertigung des Vertrages erhalten sowohl der Vorhabenträger als auch die Gemeinde.
- (2) Die Vertragsparteien sind berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten, wenn im Bearbeitungsverlauf erkannt wird,
  - dass eine Umsetzung der Ziele nicht mehr gewährleistet ist,
  - dass die in § 1 Abs. 3 genannte Sicherheitssumme nicht hinterlegt wird,
  - dass Festsetzungen im naturschutzrechtlichen Ausgleich verlangt werden, die wirtschaftlich nicht mehr vertretbar sind.

Alle bis dahin entstandenen Kosten trägt die Vorhabenträgerin.

## **§ 18**

### **Salvatorische Klausel**

- (1) Die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einzelner Vertragsbestimmungen oder Vertragsteile berührt die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes nicht. Entsprechendes gilt für den Fall, dass der Vertrag eine Regelungslücke erhalten sollte, welche die Vertragsparteien geschlossen hätten, wenn sie sie bedacht hätten, insbesondere, soweit es um für die Erfüllung des Vertrages notwendige Regelungen geht. Sollte dieser Vertrag eine Regelung nach Maß, Zahl oder Zeitdauer treffen, die sich als rechtswidrig oder unwirksam erweist, so tritt an die Stelle dieser Bestimmung das jeweils nächstgelegene gesetzlich zulässige Maß (bzw. die entsprechende Zahl oder Zeitdauer).
- (2) Falls der Vertrag deutschen oder europäischen rechtlichen Bestimmungen nicht oder nicht mehr entsprechen sollte, werden die Parteien nach Maßgabe dieses Paragraphen Vereinbarungen treffen, die den Vertrag an die jeweils geltenden nationalen oder europäischen Bestimmungen anpassen.
- (3) Im Falle der Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit sonstiger Bestimmungen werden die Parteien diese durch eine Regelung bzw. durch Regelungen ersetzen, die nach Maßgabe der in den Vorschriften des Vertragswerkes

niedergelegten Zielsetzungen und der beiderseitigen wohlverstandenen Interessenlage sowie der vertraglich erkennbaren Verteilung von Risiken und Lasten dem ursprünglich Gewollten möglichst nahe kommt bzw. nahe kommen. Die Parteien sind verpflichtet, sich in Verhandlungen um eine derartige Regelung ernstlich zu bemühen. Entsprechendes gilt im Fall von Regelungslücken.

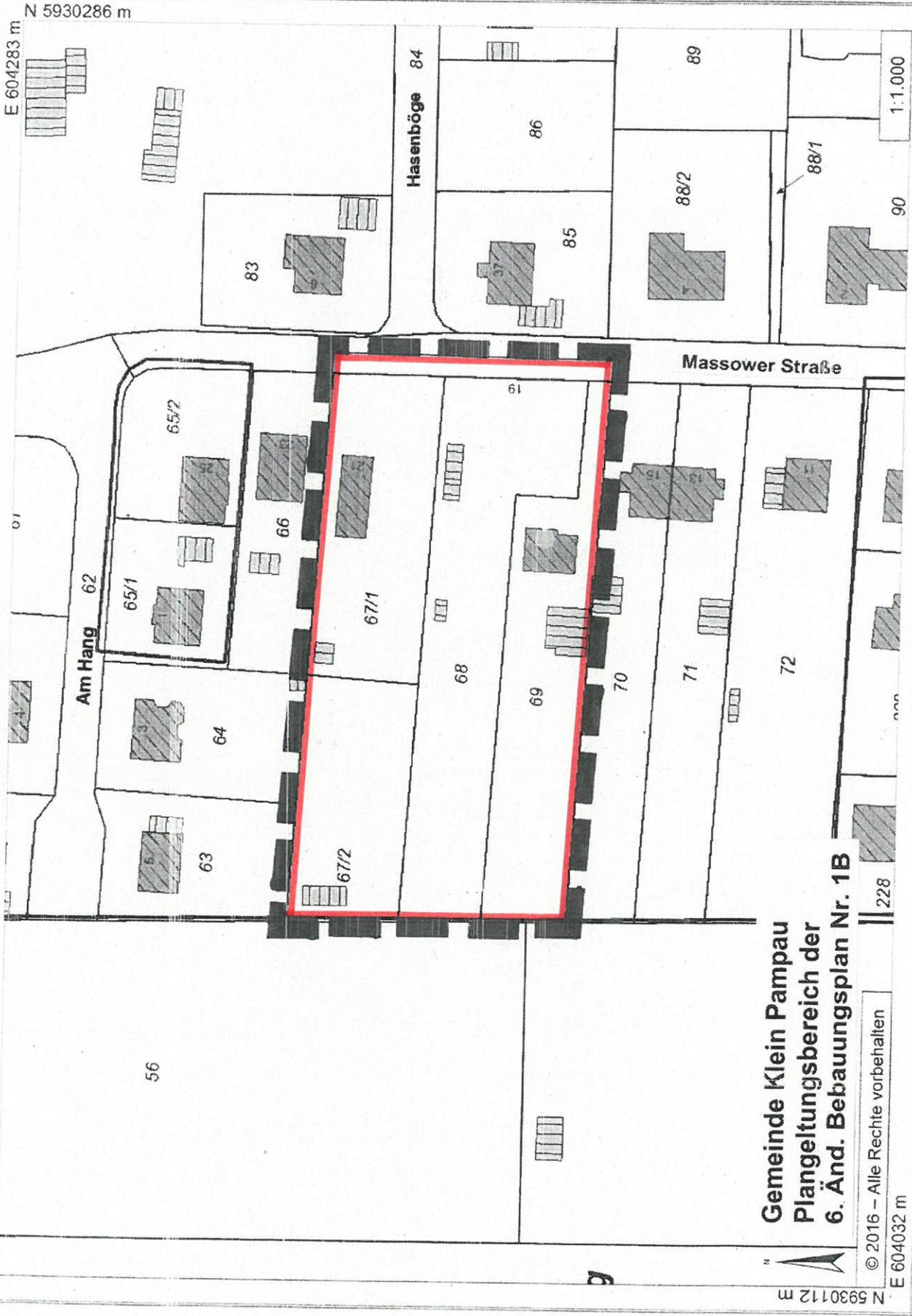
Klein Pampau, den \_\_\_\_\_

Klein Pampau, den \_\_\_\_\_

Gemeinde Klein Pampau  
Der Bürgermeister

\_\_\_\_\_ **(wird ergänzt)**

\_\_\_\_\_ Horst Born



Gemeinde Klein Pampau  
 Plangeltungsbereich der  
 6. Änd. Bebauungsplan Nr. 1B

228

© 2016 - Alle Rechte vorbehalten  
 E 604032 m



N 5930112 m

